

„Verwalter von Schulden“

Bad.Z.
17.2.05

Die Gemeinde Gottenheim erhöht die Steuern und trotzdem fehlen im Haushalt 600 000 Euro

VON UNSEREM MITARBEITER
MARIO SCHÖNEBERG

GOTTENHEIM. „Das mit der Steuererhöhung stinkt mir gewaltig, doch was bleibt uns anderes übrig“, fragte **Wolfgang Streicher (SPD)** den Gemeinderat. „Wir stehen mit dem Rücken zur Wand“. Denn trotz intensiver Diskussionen, kleinen Einsparungen und Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer erwartet die Gemeinde ein Defizit von mehr als 600 000 Euro im laufenden Verwaltungshaushalt.

Die Fakten für Gottenheim sind bitter. Die Verwaltung erwartet für das laufende Haushaltsjahr ein Minus im Verwaltungshaushalt in Höhe von rund 600 000 Euro. Und dies auch nur, wenn die Kreisumlage „nur“ um drei Punkte erhöht wird. Jeder zusätzliche Punkt würde Gottenheim mit rund 17 000 Euro zusätzlich belasten.

Er befürchte zum „Verwalter von Schulden“ zu werden, so Bürgermeister Volker Kieber in seiner Einführung. Wenn es langfristig nicht gelänge, das Defizit zu reduzieren, könnten irgendwann nicht einmal mehr die vorhandene Infrastruktur erhalten werden. An Investitionen sei dann gar nicht mehr zu denken.

Gemeinsam gingen die Gemeinderäte die einzelnen Punkte des Verwaltungshaushaltes durch – und mussten feststellen, dass kaum Spielraum für Einsparungen bleibt. Die meisten Posten sind Pflichtaufgaben der Gemeinde. Insbesondere der höhere Kindergartenzuschuss, die erheblichen Mehrausgaben für den Entwässerungsverband Moos

und die hohe Kreisumlage machen dem Haushalt zu schaffen. Die Einnahmen liegen bis auf den Gemeindefinanzausgleich hingegen auf dem Niveau der Vorjahre.

So wurde dann schon beim Posten Ehrengaben für Jubilare heftig diskutiert, doch die hierfür veranschlagten 6000 Euro bleiben wohl im Haushalt drin. Einschnitte müssen hingegen die Vereine hinnehmen. Die Förderung wurde gekürzt, an den Bewirtschaftungskosten für die Nutzung gemeindeeigener Gebäude müssen sie sich künftig mit 80 Prozent beteiligen.

Personalabbau steht nicht zur Diskussion

Insgesamt hat der Verwaltungshaushalt ein Volumen von rund 3,4 Millionen Euro, wobei hiervon 21 Prozent Personalkosten sind. Dies sei ein sehr guter Wert, auch im Vergleich zur Industrie, betonte Kurt Hartenbach (FWG). Harald Schönberger (FBL) hatte einen möglichen Personalabbau im Rathaus ins Gespräch gebracht. Dies sei der einzige Punkt, wo wirklich erheblich gespart werden könne. Bürgermeister Kieber entgegnete, dass die Rathausbediensteten bereits an der Obergrenze arbeiten würden. Bei den vielen Überstunden gebe es hier keinen Spielraum. Einzig bei der Jugendpflege seien Einsparungen denkbar. Dies griff Alfons Hertweck (CDU) auf, um Jugendpfleger Volker Hug heftig zu kritisieren. „Wenn dem mal was gesagt worden ist, hat er sich nicht drum geschert“, monierte Hertweck die Arbeitsweise des Jugendpflegers. Zudem hätte er sein Budget eigenmächtig überzogen. Kieber entgegnete, dass es für

den Jugendpfleger bisher keinerlei Vorgaben seitens der Gemeinde gegeben habe. Daher sei es nicht fair, ihn hierfür zu kritisieren. An einem Konzept werde gearbeitet.

Beim Thema Steuererhöhungen gingen die Meinungen weit auseinander. Während Jörg Hunn (FBL) strikt dagegen war, weil dies wieder die treffen würde, die „den Staat eh schon am Laufen hielten“, schlug Kurt Hartenbach vor, über die Empfehlungen des Regierungspräsidiums hinaus die seit 1995 geltenden Hebesätze um weitere zehn Punkte zu erhöhen.

Am Ende einigten sich die Räte auf den Vorschlag von Lioba Himmelsbach (Frauenliste), die Steuern auf das vom Ausgleichsstock empfohlene Niveau anzuheben, sonst bestehe die Gefahr, dass mögliche Fördergelder gekürzt würden. Gegen die Stimmen von Jörg Hunn und Harald Schönberger beschloss der Rat, den Hebesatz für die Grundsteuer A von 300 auf 320 Prozentpunkte zu erhöhen, die Grundsteuer B steigt von 280 auf 300 Punkte und die Gewerbesteuer von 330 auf 340 Prozentpunkte.

Trotz allem wolle er die Lage nicht ganz so pessimistisch sehen, betonte Bürgermeister Kieber. Durch den Verkauf von Gewerbeflächen könne die Gemeinde langfristig ihre Investitionen in die Infrastruktur refinanzieren. So betreibe man aktive Wirtschaftsförderung und irgendwann werde sich die wirtschaftliche Situation auch wieder verbessern. Doch bis dahin heiße es sparen. Auch bei den Investitionen. Am kommenden Montag geht es um den Vermögenshaushalt und damit auch um den Bau der Mehrzweckhalle.